

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Preis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Hofmann
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Albstraße 18 b II.
Fernsprecher: Nr. 8900. — Postfachkonto Stuttgart 6906.

Anzeigengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelleiste 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Auf Grund der Bestimmungen der §§ 35 und 36 des Statuts berufen wir die

XV. ordentliche Generalversammlung

auf Montag den 12. September, vormittags 9 Uhr, bis Sonnabend den 17. September 1921, nach dem Volkshaus zu Jena ein mit folgender

Tagesordnung:

1. Konstituierung der Generalversammlung und Wahl der Kommissionen.
2. Berichte des Vorstandes und Ausschusses, Beratung der hierzu und zum Verbandsorgan gestellten Anträge.
3. Beratung des Verbandsstatuts.
4. Erledigung sonstiger Verbandsangelegenheiten.

Nach § 35 des Statuts wird die Generalversammlung durch Abgeordnete gebildet, welche durch die Mitglieder aus ihrer Mitte zu wählen sind. Die Wahl erfolgt durch geheime Abstimmung mit einfacher Mehrheit. Wählbar sind nur vollberechtigte Mitglieder (§ 7 Abs. 1 des Statuts).

Für je 2000 Mitglieder wird ein Abgeordneter gewählt. Ist die Zahl der Mitglieder nicht durch 2000 teilbar, so ist für die überschüssende Zahl, wenn dieselbe 1000 oder mehr beträgt, ein weiterer Abgeordneter zu wählen.

Der Berechnung der Mitgliederzahl in den Verwaltungsstellen sind mindestens 48 Wochenbeiträge des zweiten, dritten und vierten Vierteljahrs 1920 und des ersten Vierteljahrs 1921 zugrunde zu legen.

Der Tag der Wahl, das Reglement für die Wahl und die Wahlkreiseinteilung werden noch bekanntgemacht.

Anträge, die auf der Generalversammlung zur Beratung kommen sollen, müssen spätestens 13 Wochen vor dem Stattfinden derselben im Verbandsorgan veröffentlicht werden. Demzufolge sind alle für die Generalversammlung bestimmten Anträge bis spätestens 23. Mai 1921 an den Vorstand einzulenden.

Jeder dieser Anträge ist getrennt von der übrigen Korrespondenz auf besonderem Blatt Papier einzureichen, dessen Rückseite unbeschrieben bleiben muß.

Vor den Text ist der Name der antragstellenden Verwaltung oder des antragstellenden Mitgliedes zu setzen.

Der Antrag muß mit dem Ortsstempel der Verwaltungsstelle versehen sein.

Die zum Statut gestellten Anträge sind mit der Nummer des betreffenden Paragraphen und der Bezeichnung des Absatzes, dessen Änderung oder Ergänzung sie bezwecken, zu versehen. Begründungen zu den gestellten Anträgen werden nicht veröffentlicht und ist deren Einsendung deshalb zwecklos. Nur bei Beobachtung dieser Vorschriften kann eine richtige Wiedergabe der gestellten Anträge gewährleistet werden.

Alle sonstigen auf die Generalversammlung bezüglichen Bekanntmachungen erfolgen später. Der Vorstand.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes als Einbrecher

Unter dieser Überschrift brachte die Berliner „Rote Fahne“ einen Artikel über Maßnahmen des Vorstandes des D.M.V. gegen die Verwaltungsstelle Halle, in dem jeder Satz erlogen ist. Was hat sich in Halle zugegetragen?

Nachdem auf Befehl Moskows im Oktober vorigen Jahres die Verschlagung einer sozialistischen Partei gelungen war, wurde sofort die Zermürbung der Gewerkschaften in Angriff genommen. Einow und Losowski hatten in Halle die Parole dazu ausgegeben und die Halle'sche kommunistische Parteileitung folgte derselben. In der dem Spaltungsparteitag unmittelbar folgenden Parteiverammlung vom 22. Oktober in Halle verlangte der Rebafeur Schölem, ein Jüngling, der von dem schwierigen Aufbau der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung hat, die Zerstückerung der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale. Orlich forderte er die sofortige andere Zusammenlegung des Gewerkschaftsartikels und eine gründliche Aufräumung in den Gewerkschaften.

Damit begann eine wilde Hege gegen alle nicht moskowsischen Gewerkschaftsfunktionäre. Zum Metallarbeiter-Verband, Verwaltungsstelle Halle, wo bis zu dieser Zeit geordnete Verhältnisse geherrscht hatten, ging der Langschon in der Mitgliederversammlung am 26. Oktober los. Die Kündigung aller Angestellten wurde von der kommunistischen Zelle im Verband verlangt. Die Mehrheit der Mitglieder ließ sich jedoch in dieser wie in der darauffolgenden Novemberversammlung von der Verbandsleitung überzeugen, daß nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages eine Kündigung von Angestellten aus solchen Gründen unzulässig war, daß ferner auch die verlangte Reuwaahl der Ortsverwaltung nach dem Statut nicht zu rechtfertigen war.

Dieser Mißerfolg veranlaßte die Moskauer Drahtzieher, die Leitung der kommunistischen Zelle im Halle'schen Metallarbeiter-Verband in zuverlässigere Hände zu legen. Sie setzten es durch, daß in der Mitgliederversammlung vom 19. Dezember der Halle'sche Mitglieder völlig unbekannt B. Weyer aus Berlin mit knapper Mehrheit gewählt wurde. Um seine Austragung zu beschleunigen, ging dieser in der struppellosesten Weise vor, beachtete weder das Statut des Verbandes noch die Verbandsratsbeschlüsse und schädigte in unerbittlicher Weise die Interessen sowohl der Gewerkschaft als der Mitglieder.

Weyer war von keiner Verbandsstelle zu der Versammlung am 19. Dezember verlangt oder eingeladen worden. Trotzdem wies er am 20. Dezember den Kassierer der Verwaltungsstelle an, ihm für die Reise Berlin-Halle 100 M. zu zahlen. In solcher Unannehmlichkeit sollte ihm jedes Recht. Kurde gegen die unzulässige Ortsverwaltung vom Vorstand kein Einspruch erhoben, so daß dieselbe als legitimiert galt, konnte sie frühestens am 1. Januar ihre Funktionen beginnen. Weyer aber verteilte bereits am 20. Dezember der rechtmäßigen Ortsverwaltung die Fortsetzung der Geschäfte und hinderte die Angestellten an der Ausübung ihres Dienstes.

Der Vorstand erkannte das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder in den Verwaltungsstellen im weitesten Sinne an und hat bisher nie in dasselbe eingegriffen. Da jedoch gegen den am 19. Dezember gewählten Kassierer der dringende Verdacht der Unterschlagung von Verbandsgeldern bestand, der sich bei der Untersuchung voll bestätigte, verlangte der Vorstand die Dispensierung desselben bis zur Erledigung der Untersuchung. Er beauftragte den bisherigen, seit 18 Jahren als Kassierer der Verwaltungsstelle Halle tätigen Kollegen gegen dessen Kassengeschäfte keiner seiner politischen Gegner auch nur das Geringste einzuwenden konnte, mit der Wahrnehmung der Geschäfte bis zum Abschluß der Untersuchung. Weyer ließ jedoch den Untergebenen bei den Kassengeschäften, schloß dafür den Schalter des vom Vorstand beauftragten Kassierers und gab strenge Anweisung, daß keiner der Funktionäre (Unterassistenten) mit dem vom Vorstand bestellten Kassierer abrechnete.

Der Vorstand verlangte zur Untersuchung des vorliegenden Falles die Einziehung der Mitgliederbücher der am Streik beteiligten gewesenen Mitglieder, damit er die veruntreute Summe feststellen konnte. Weyer versprach das, kam diesem Verlangen jedoch nicht nach, denn noch heute fehlen circa 300 Bücher, deren Prüfung für die Untersuchung notwendig ist.

Weyer verlangte vom Kassierer die Abhebung von 75 000 M. Verbandsgeldern vom Bankguthaben des Verbandes, die er, ohne einen Beschluß der verantwortlichen Halle'schen Verbandsorgane eingeholt zu haben, der kommunistischen Produktionsgenossenschaft „Klassenkampf“ übergeben wollte. Erst später ist solcher Beschluß veranlaßt worden. Da das Vermögen des Verbandes mündelsicher anzulegen ist, wovon bei der Verteilung von Geldern an den „Klassenkampf“ keine Rede sein konnte, lehnte der Vorstand die Zahlung eines Darlehens an den „Klassenkampf“ ab. Das hinderte Weyer nicht, unter dem Vorwand, dem Holzarbeiterverband zu Streitigkeiten ein Darlehen geben zu wollen, 25 000 M. aus Mitteln der Hauptkasse dem „Klassenkampf“ zu übergeben; zum mindesten ist für die Verwendung von durch Weyer der Kasse entnommenen 25 000 M. diese Erklärung abgegeben worden. Der Bevollmächtigte des Holzarbeiterverbandes H. Müller hat ihm bei diesem Betrag, indem er eine Quittung über die erhaltene Summe ausstellte. Am 6. April versicherte er jedoch dem Vorstandsvertreter, daß das Geld an Weyer zurückgegeben worden sei. Trotzdem war Müllers Quittung bei den Belegen des Kassierers, eine Quittung des „Klassenkampf“ jedoch nicht vorhanden.

Zur Unterstützung für die streikenden Leipziger Metallarbeiter brachten die Halle'schen Verbandsmitglieder durch Sammlungen 3500 M. auf. Von diesem Gelde ist kein Pfennig nach Leipzig gelangt worden. Der Kassierer hat nur aus Lokalassistentenmitteln den Leipziger Streikenden 3000 M. überwiesen. Die 500 M. waren aber weder in der Kasse noch im Büro. Sie konnten auch nicht herangezogen werden. Es ist deshalb eine Frechheit sondergleichen, wenn der Artikel der „Rote Fahne“ den Eindruck zu erwecken versucht, als sei die Klassenführung Weyers und seiner Mitarbeiter in bester Ordnung gewesen. Das Gegenteil war der Fall. Daraus erklärt sich wohl auch die Weigerung Weyers, dem zuständigen Bezirksleiter die Einziehung der in der Klassenführung zu gestatten. Schon diese Vorgänge hätten dem Vorstand in vollem Maße das Recht gegeben, diese Verwaltung als völlig ungeeignet für die Führung der Verbandsgeschäfte von ihrem Amt zu entfernen.

Weyer und die Ortsverwaltung trachten, daß die Beschlüsse der wahren kommunistischen Metallarbeitervereinsführung ein schwerer Verstoß gegen die Interessen des Verbandes war. Sie betreiben demnach eine Mitgliederversammlung ein, setzen in derselben die Wahl von zwei Delegierten durch und lassen diese Delegierten in einer späteren Versammlung Bericht erstatten.

Arbeiter, Kollegen! Auf zur Maiseier!

Die Arbeiter des europäischen Festlandes bekunden seit dreißig Jahren ihren Willen, um durch die wachsende Kraft ihrer Organisation, durch Anwendung gesetzlicher und anderer Mittel

die Macht über die herrschende Klasse zu erobern.

Seit dreißig Jahren versammeln sich die Arbeiter am 1. Mai, um den Geist der Solidarität, der sie befeuert, zu verkünden, um Herrschaft zu halten über die stets ansteigenden Massen, um ihren immer lauter werdenden Kampf zu ertönen zu lassen!

Dieses Jahr müssen die Arbeitermanifestationen mächtiger ausfallen denn je!

Die Reaktion redt in allen Ländern frecher als je ihr Haupt empor. Immer lähmer wird der Widerstand der Bourgeoisie gegenüber den gerechten Forderungen der Arbeiter, immer brutaler werden die Verfolgungen, denen die Arbeiter seitens der Regierungen ausgesetzt sind, und immer dreister die Anstrengungen der Vertreter des Großkapitals, sich die Anstrengungen völlig gefügig zu machen.

Wir brauchen nur an die an unseren Mitarbeitern verübten Greuel in Ungarn, Finnland, Spanien usw. zu erinnern.

Wir brauchen nur auf den Widerstand zu verweisen, auf den die Verbesserung der sozialen Gesetzgebung und namentlich die Verkürzung der Arbeitszeit in beinahe allen Ländern stößt.

Wir brauchen bloß darauf hinzuweisen, wie wenig Eifer die Leiter des Völkerbundes an den Tag legen, um, sei es durch Regelung der Valutafrage oder der Rohstoffverteilung für die Industrie, den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas in wirksamer Weise in die Hand zu nehmen.

Was kümmert es diese Herren, ob durch ihre Lässigkeit allenthalben die Arbeitslosigkeit und damit der Hunger in den Arbeiterfamilien zunimmt?

Statt die Arbeitslosigkeit möglichst rasch und möglichst wirksam zu bekämpfen durch eine entgegenkommende Haltung

gegenüber den Vätern mit entwerteter Valuta, statt Vorsorge zu treffen für eine systematische Verteilung der Rohstoffe und Kohle für die Industrie, wird die Arbeitslosigkeit gefördert, indem sie die deutschen Bergarbeiter zu Überschichten zwingen und damit die Bergarbeiter Englands, Frankreichs, Belgiens und Hollands arbeitslos machen.

Wir brauchen bloß auf die Bemühungen der Bourgeoisie in allen Ländern hinzuweisen, um die Sozialisierung der Produktionsmittel zu verhindern.

Wohr als je ist ein geschlossenes Auftreten der organisierten Arbeiterschaft vonnöten!

Wir rufen euch daher auf, den 1. Maitag zu einer tatkräftigen Aktion zu gestalten für die von den organisierten Arbeitern fast aller Länder auf dem Novemberkongress in London aufgestellten Forderungen:

- Sozialisierung der Produktionsmittel!
- Durchführung der Beschlüsse von Washington!
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit u. a. durch Regelung der Rohstoffverteilung!
- Gegen den Militarismus und für den Weltfrieden!

Der 1. Mai sei der Propaganda für diese Forderungen geweiht!

Die Form dieser Propaganda, die Art und Weise der Durchführung der Demonstration muß natürlich der Entscheidung der Landesorganisationen selbst und den besugten Vorständen überlassen bleiben.

- Die Klassenolidarität des Proletariats gegen die Brutalität des Kapitalismus!
- Gemeinschaftlicher Kampf für den Weltfrieden!
- Durch unsere unüberwindliche Macht zur Befreiung der Arbeit!

Genossen! Tragt Sorge, daß die im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Millionen von Arbeitern am Maitag wie ein Mann auftreten für die Eroberung eines menschenwürdigen Lebens!

Es lebe der internationale Kampf der Arbeiter!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

J. P. Thomas, provisorischer Vorsitzender. L. Jonhauz, 1. Bize-Vorsitzender. C. Mertens, 2. Bize-Vorsitzender. Edo Fimmen, Sekretär. J. Dudgeest, Sekretär.

Vom Einzelbetrieb zum Massenandrang

Industrielle Konzentrationen mit ihre Gesetze

(Fortsetzung)

Aus der Frühzeit des Kapitalismus.

pu. Ausgangs der 40er und in den 50er und 60er Jahren brach der Kapitalismus sich mit Gewalt in Deutschland Bahn. Als Karl Marx und Friedrich Engels das kommunistische Manifest verfaßten (1847), glaubten sie, daß das Jahrzehnt nach 1848 eine besondere Rolle in der revolutionären Bewegung spielen würde. Sie waren der Meinung, daß nach der politischen die soziale Revolution unmittelbar anbrechen und sich durchsetzen würde.

„Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihre zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen. Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“

Das waren die Schlüsselsätze des kommunistischen Manifestes. Durch diese in flammenden Sätzen verfaßte Schrift versuchten Marx und Engels der revolutionären Epoche um und nach 1848 impulsiv wirkendes Leben einzubringen. Es kam anders. Das Jahrzehnt nach 1848 war in Deutschland angezeichnet durch politische Grabesruhe. Aber volkswirtschaftlich brachte diese Zeitpausen einen Rück nach vorwärts, so daß sie nicht mit Unrecht als Gründer- und Spekulationsperiode bezeichnet wird.

Diese volkswirtschaftliche Aufwärtsbewegung wurde ungemein gefördert durch die Gründung des Zollvereins. Nach bald dreißigjährigem Verhandeln, immer wieder gehemmt durch den Eigennutz und den Egoismus gekrönter Fürstentümer, gelang es endlich am 1. Januar 1834, wenn auch begleitet von lebhaften politischen Wettern, eine Zollvereinigung der meisten deutschen Staaten zustande zu bringen. Der Geschichtsschreiber der preussischen Dynastie, H. Treitschke, begleitete die Gründung des Zollvereins mit folgendem Jubelruf:

„Dann kam jene folgenschwere Neujahrnacht des Jahres 1834 die auch den Wästen das Nahen einer besseren Zeit verkündete. Auf allen Landstrassen Mitteldeutschlands harrten die Frachtwagen hochbeladen in langen Zügen vor den Rauhäusern, umringt von fröhlich lärmenden Volkshaufen. Mit dem letzten Glockenschlage des alten Jahres hoben sich die Schlagbäume, die Wägen zogen an, unter Jubelruf und Pfiffen ging es vorwärts durch das befreite Land. Ein neues Glied, fest und unerschütterlich, war eingefügt in die lange Kette der Zeiten, die den Marzgrafenstaat der Hohenzollern hinaufgeführt hat zur kaiserlichen Krone. Das Alter aus dem großen König's Blickte aus den Wolken und aus weiter Ferne erklang schon der Schallendonner von König'säg.“

Später traten dann auch die übrigen deutschen Staaten und schließlich auch Österreich dieser Zollvereinigung bei. Dadurch wurden jene partikularistischen Hemmnisse beseitigt, die einer industriellen Entwicklung im Wege standen. Nicht mehr brauchten transportierte Waren die vielen Zollschranken der Nachbarstaaten zu passieren, um an jedem Schlagbaum immer aufs neue bezahlt zu werden. Mit der Entstehung des Zollvereins wurde auch die so dringend notwendige Münz-, Maß- und Gewichtsvereinheit in die Wege geleitet. Diese zollpolitische Vereinigung hat nicht gering zur kapitalistischen Entwicklung in Deutschland beigetragen.

Was aber jene Jahrzehnte noch als besonderes Charakteristikum auszeichnete, war die Entstehung moderner Transportmittel. Der Nationalökonom Friedrich List und andere versuchten jahrelang die Regierungsmänner und sonstige einflussreiche Persönlichkeiten dafür zu gewinnen, den Eisenbahnbau in Angriff zu nehmen. Vergeblich schrieb List:

„Die Eisenbahndampfwagenfracht ist ein Hercules in der Wiege, der die Wälder erschüttern wird von den Klagen des Kriegeres, der Not und Hungersnot, des Nationalhasses und der Arbeitslosigkeit, der Unwissenheit und des Schandrians, der ihre Felle bedrückt, ihre Wohnstätten und Schätze belegen und auch den bedrängten ihrer Angehörigen Kraft verleiht wird, sich durch den Besuch ferner Länder zu bilden, in entfernten Gegenden Arbeit und an fernem Wohlstand und Segen zu verdienen. Ihre Gesundheit zu heilen! Durch die neuen Transportmittel wird der Mensch ein unendlich glücklicher, vermögendere und vollkommener Mensch. Man verliert sich ins Unendliche, wenn man über die Wirkungen und Wohltaten dieser Göttergeschenke nachdenkt.“

Gegen die Pläne, Eisenbahnen zu bauen, wurde ganz energigisch Sturm gelaufen. Der preussische Generalpostmeister warnte — um nur ein Beispiel anzuführen — die preussische Regierung nachdrücklich, sich nicht mit Eisenbahnbauten abzugeben, u. a. gebrauchte er folgende Worte:

„Eisenbahnen bauen? Dummes Zeug! Ich lasse täglich diverse Geschäftsstellen von Berlin nach Potsdam gehen und es gibt niemanden, der sie nicht in die Höhe der Luft schmeißt. Man wolle die Leute gar eine Eisenbahn dahin bauen! Wenn Sie Ihr Geld absolut loswerden wollen, so werfen Sie es doch lieber gleich zum Fenster hinaus, ehe Sie es zu solchen unglücklichen Unternehmern hingeben!“

Trotz dieser Krähwinkelerei echt preussischer Gamaschennäpfe schloß sich die Entwicklung durch, und in den vierziger Jahren tauchten bald hier bald da Dampfstraßen auf, die Bewohner rückwärtiger Gegenden in Angst und Schrecken jagten. Mit der Schaffung eines, wenn auch nur sehr weimarschen Eisenbahnnetzes wurde in Deutschland die eigentliche kapitalistische Wirtschaftsordnung eingeleitet. Die Eisenbahnen rissen alle Länderstücke Deutschlands in den Bereich der kapitalistischen Warenzirkulation. Sie förderten das Wachstum der Städte und dieses Wachstum wirkte wieder zurück auf die Eisenbahn. Der Kaufmann feierte seine Triumphe. Ursache und Wirkung ergänzten sich. Die Industrie war nicht mehr an die engen Schranken ihres Heimatbereiches gebunden. Bis in die entferntesten Landeswinkel konnten die Industrieprodukte ihre Absatzmärkte vorschleichen, was wiederum der Industrie ungeahnte Perspektiven eröffnete. Die Stein- und Kohle wurde durch die Eisenbahn in den Stand eines volkswirtschaftlichen Produktes ersten Ranges erhoben. Es wurde die Möglichkeit geschaffen, in allen Landesgebieten der Industrie und dem Hausbrand Rohle zuzuführen. Auch war der Kohlenkonsum der Eisenbahnen selbst nicht gering. Die Erfindung der Telegraphie am Ende der vierziger Jahre tat noch ein Übriges, um die Entwicklungsmöglichkeiten zu vervollständigen. Am 12. Oktober 1847 gründete der damals 30jährige Artillerie-Leutnant Werner Siemens mit dem Mechaniker Halske die Firma Siemens & Halske, die in Zukunft die Basis bilden sollte, die Erfindung der Telegraphie in Europa in großem Maße in die Praxis umzusetzen. Mit diesen Mitteln der Technik ausgerüstet, begann der Kapitalismus in Deutschland seinen Siegeslauf, was desto eher gelang, weil der Zollverein handelspolitisch zum Teil die Schwierigkeiten schon vorher aus dem Wege geräumt hatte.

An die Industrie trat nun die Aufgabe heran, sich auf die Massenhaftigkeit des Bedarfs technisch und organisatorisch ein-

zurichten. Der Kohlenbergbau mußte maschinell auf eine höhere Produktionsmöglichkeit gestellt, neue Schächte mühten abgeteuft werden. Die Kohlewäscherei, die Verkohlung der Kohle in großem Maßstabe wurden notwendig, was wiederum zu Erweiterungen der Anlagen zwang. Die Eisenindustrie wurde ebenfalls zu sprunghaften Neuerungen gedrängt. Erforderte doch schon der Bau der Eisenbahnen selbst umfangreiche Erweiterungen. Die großen Aufträge derselben waren in den bestehenden Kleinbetrieben nicht zu bewältigen. In Preußen verwendeten 1847 von den 227 in Betrieb befindlichen Hochöfen erst 32 Eisenblechöfen. Die Hochöfen erfuhren technisch wertvolle Verbesserungen. Die eulweidenden Schweißgasen begann man einzufangen und zu den verschiedensten Zwecken nutzbar zu machen. Das Bessemer- und das Siemens-Martin-Verfahren kam auch in Deutschland zur Einführung. Der Werkzeugmaschinenbau erforderte zu seinem Aufstieg viele gelehrte Arbeitskräfte, die nur schwer zu beschaffen waren. Man half sich durch Heranziehung von gelehrten Arbeitern aus Belgien und England. Der Kapitalismus brauchte Hände. In diese Zeit fällt jene erste große Arbeiterverchiebung aus den landwirtschaftlichen Gegenden nach den industriellen Zentren. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter machte in Preußen im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nur 2,98 Prozent aus. Der Anfang einer großangelegten Proletarisierung Deutschlands, die Lösung des Bauern von der Scholle und die Einreihung aller verfügbaren Arbeitskräfte in den industriellen Produktionsprozess war damit gemacht. Die Entwicklung des Warenmarktes und die Steigerung des Volksbedarfs waren die Triebkräfte zur Entwicklung und Ausdehnung der industriellen Produktion.

Dieser junge neue Kapitalismus ließ sich selbstverständlich keine ungezügelten Kräfte nicht mehr jenseits durch die Handhabe einer von allen Zünftern beherrschten Gewerbeordnung. Der Bergbau zum Beispiel war gehemmt durch das sogenannte Direktionsprinzip, wonach die Verleihung des Rechts zum Bergwerksbetrieb, der Aufbau des Betriebes selbst, Umfang und Art der Produktion, die Gestaltung des Abfahres und der Preisbemessung von behördlicher Genehmigung abhängig war. Die Bildung von Aktiengesellschaften war durch bürokratische Vorurteile gegenüber der Unmöglichkeit gemacht. Das preussische Handelsgesetzbuch von 1842 und das sogenannte Württembergrecht von 1851 räumten wenigstens etwas mit dem alten Gerümpel von zünftlerischen Paragraphen auf, so daß nach dieser Zeit die Unternehmensform der Aktiengesellschaft in der Großindustrie zur Anwendung gebracht werden konnte. Ein Protest des Handwerkerlages 1848 in Frankfurt gegen die Gewerbesteuer konnte die Entwicklung nicht aufhalten. (Auf das eigentliche Wesen der Aktiengesellschaften kommen wir noch zurück.)

Eine ungehemmte Entwicklung war somit gegeben. Die erste Aktiengesellschaft des Ruhrbezirks war der Kölner Bergwerksverein, der 1849 mit 1/2 Millionen Taler Kapital gegründet wurde. Ihm folgte 1851 der Phönix mit einem Kapital in derselben Höhe. Auf die Entwicklung im einzelnen eingehen müssen wir uns versagen, das muß von unseren Kollegen in der einschlägigen Literatur, die wir am Schluß bekannt geben, nachgelesen werden. Anfangs der fünfziger Jahre war es noch eine seltene Erscheinung, daß Hüttenwerke mit einer Zeche verbunden waren. Doch dies änderte sich rasch. Die Vorteile des gemischten Betriebes waren bald erkannt und so ist zu beobachten, daß die Gutehoffnungshütte, der Phönix, Krupp, der Wagners Hüttenverein, die Dillinger und Wurbacher Hütte, Eschweiler Bergwerksverein, Stolberger Bergwerks-Gesellschaft und wie die stark konzentrierten Betriebe der damaligen Zeit alle heißen, sich daran machten, Kohlenzechen und Hüttenwerke miteinander zu verbinden. Walzwerke schloßen sich diesem wesentlich vereinfachten Prozeß recht bald an. Damit war diese für die nächste Entwicklung so außerordentlich charakteristische Kombination von Kohle und Eisen gegeben. So sehen wir auch, daß einzelne Betriebe mit einer anschließenden Arbeiterzahl in die neue Entwicklungsperiode der deutschen Industrie nach 1870 eintraten. Die Gutehoffnungshütte beschäftigte bei ihrer Umwandlung in eine Aktiengesellschaft 1873 8300 Arbeiter. Krupp verfügte 1870 über eine Arbeiterzahl von 12000 und der Phönix von 4400. Im Ruhrbezirk gab es 1864 239 Zechen mit rund 38000 Arbeitern. Ähnlich lagen die Verhältnisse an der Saar.

So hat sich das Organisationsbild des Jahres 1870 gegenüber dem von 1840 ganz wesentlich verändert. Die alten Betriebs- und Unternehmensformen haben sich zwar in den allerersten Stufen des Produktionsganges, im Erz- und Kohlenbergbau noch in nicht unbeträchtlichem Umfange zu erhalten vermocht. Aber auch auf diesen Stufen hat doch der Großbetrieb bereits deutlich das Übergewicht an sich gebracht, das ihm für die nahe Zukunft die Herrschaft verleiht; die Verwendung der technisch leistungsfähigeren und gleichmäßig wirkenden Dampfmaschinen, deren Wirtschaftlichkeit mit zunehmender Größe zu wachsen pflegt, und ebenso die Angleichung der noch Quantität und vor allem Qualität ergebigerer Werkzeugmaschinen lassen ihn auch an solchen Stellen arbeitsfähig erscheinen, wo der Kleinbetrieb überhaupt nicht in Frage kommen kann und gab ihm da, wo er mit diesem in Wettbewerb tritt, bereits einen merkwürdigen Vorsprung in den Produktionskosten und in der Beschaffenheit des Arbeitsproduktes. Vollends tritt der Großbetrieb auf den Zwischenstufen der Produktion schon ganz in den Vordergrund.“ (Kurt Wiedenfeld: Ein Jahr hundert zehnjährige Montanindustrie.)

Wir wollen diesen Abschnitt nicht schließen, ohne eines Faktors zu gedenken, der ebenfalls in nicht unbeträchtlichem Maße die Entwicklung in den 50er und 60er Jahren gefördert hat: die Banken. Der Geschäftsführer des A. Schaaffhausenschen Bankvereins vom Jahre 1856 enthielt folgende charakteristische Prophezeiung:

„Die Eisen- und Kohlenproduktion Westfalens und der Rheinlande wird nach Verlauf weniger Jahre hinter der Belgiens nicht zurückbleiben und in weiterer Zukunft erfolgreich mit England auf dem Weltmarkt konkurrieren, wenn der nötigen Vorbedingung dieser Konkurrenz, der Herstellung billiger Konsumtionsmittel, die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.“

Während in der vorausgegangenen Entwicklungsstufe der Kapitalbedarf vom einzelnen Unternehmer ziemlich leicht befriedigt werden konnte, wurde dies in den fünfziger Jahren zur Unmöglichkeit. So entstanden die heute noch maßgebenden Bankgesellschaften, die bis zur Stunde dem deutschen Wirtschaftsleben ihr Gepräge aufdrücken sollten. 1848 wurde der A. Schaaffhausensche Bankverein in Köln mit einem Aktienkapital von 15.000.000 M. gegründet. 1851 gründete der preussische Finanzminister David Hansemann die Diskontogesellschaft, welche 1856 reorganisiert und in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt wurde. Das Aktienkapital betrug 30.000.000 M. 1853 entstand die Bank für Handel und Industrie (Farmstädter Bank). Das Nominalkapital betrug 25.000.000 Gulden gleich 42.750.000 M. Die Mitteldutsche Kreditbank in Weimern, Grundkapital 24.000.000 M., und die Berliner Handelsgesellschaft, Grundkapital 45.000.000 M., wurden 1856 ins Leben gerufen. Man sieht, es handelte sich für die damaligen Verhältnisse um ganz gewaltige

Summen, mit denen die fünf Großbanken ins Leben traten. Auf die Rolle der Banken im Wirtschaftsleben kommen wir später zurück. Diese fünf Banken ermöglichten die Kreditierung der neuauftretenden Industrie, wie sie auch gleichzeitig die Finanzierung des aufstrebenden Exporthandels nach fremden Ländern vornahm. In Preußen wurde von 1851—1870 205 neue Aktiengesellschaften gegründet mit einem Gesamtkapital von 240476 Millionen Mark. Nach dieser (die deutschen Großbanken und ihre Konzentration) drehte sich das in diesen Aktiengesellschaften investierte Kapital auf:

Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	2.511 Mill. M.
Banken	11,95
Versicherungsgesellschaften	15,46
Eisenbahnen	172,44

Diese für die damalige Zeit riesenhafte Investierung war nur den neugegründeten Aktienbanken zu verdanken. Eisenbahnen, Dampfschiffahrt, Telegraph, Zollverein und Industriebanken waren die Mittel, mit welchen der Kapitalismus seine Herrschaft konsolidierte. (Fortf. folgt.)

Die Kämpfe in der Tschecho-Slowakei

Den allseits vorhandenen Bestrebungen der Unternehmer folgend, die in allen Ländern darauf ausgehen, die Wirtschaftskrise zu einer Schwächung der Positionen der Arbeiterschaft zu benutzen, bemühen sich auch die Metallindustriellen der Tschechoslowakei, ihre alten verlorenen Herrschaftsrechte wieder zurückzuerobieren. Insbesondere stößt es die Befugnisse der Vertrauensleute, die ihnen schwer im Magen liegen und die sie deshalb gern aus den Betrieben ausmerzen möchten. Sie sehen übrigens bei diesen Bemühungen nicht allein auf weiter Flur, sondern streuen sich einer durchaus planmäßigen Unterstellung seitens der Industriellen der übrigen Branchen. In der großen chemischen Industrie beispielsweise hat der Unternehmerverband den Kollektivvertrag mit der Gewerkschaft gelündigt und verlangt allen Erstes eine Einschränkung der Rechte der Vertrauensleute, die überhaupt nicht mehr die Möglichkeit haben sollen, irgendwelche in wesentlichen Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mitzureden zu können. In den übrigen Industrien ist es nicht besser und es ist durchaus nicht von ungefähr, daß gleichzeitig mit diesen Bemühungen ein riesiger Feldzug gegen die nach langem Zögern durch die Regierung ausgearbeitete Vorlage über die Einführung der Arbeitsräte durchgeführt wird. Alle Unternehmerverbände, Handels- und Gewerbetreibenden und nicht zuletzt die gesamte bürgerliche Presse haben sich in den Dienst dieser Propaganda gestellt und überfluteten die Regierung mit Eingaben und Protesten gegen diese gescheiterte Festlegung der Rechte der Vertrauensleute. Sie bezeichnen die Betriebsräte kurzerhand als Experimente, die die Volkswirtschaft heute nicht vertragen, und behaupten fest und kühn, es ließe sich doch in Deutschland und Österreich nicht bewähren hätten. Darüber werden natürlich andere Faktoren entscheiden, die die Herrschaften werden sich schon gebulden müssen, ehe sie die Realisierung ihrer schönen Träume erleben.

Zum ersten offenen Kampfe ist es in der großen Metallindustrie im Nordwestböhmern gekommen, wovon wir in Nr. 15 der A. Z. berichtet haben. Um durch Solidarität den Kampf der Metallarbeiter zu unterstützen, beschlossen die Bergarbeiterverbände in einer gemeinsamen Konferenz, die Metallarbeiter mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen, und verlangten von der Regierung, daß sie auf eine schnelle Beendigung des Kampfes hinwirke, da sonst die Gefahr einer Arbeitslosigkeit von 40.000 Bergarbeitern drohe. In gleicher Weise gingen die Angestellten der Elektrizitätswerke vor, die ebenfalls entschlossen waren, alle Werke des Gebietes stillzulegen, was einige hunderttausend Menschen in Mitteldeutschland gegen hätte, da nahezu die gesamte nordwestböhmische Industrie, circa 60 Kohlenzwecke inbegriffen, ihre Kraft durch diese Werke bekommt. Die Regierung sah die Gefahr und bemühte sich, zu schlichten.

Nach langwierigen Verhandlungen wurde schließlich die Auslieferung nach 14tägiger allgemeiner Dauer — die Arbeiter der zuerst ausgesparten neun Betriebe lagen insgesamt vier Wochen auf der Straße — durch eine gegenseitige Vereinbarung beendet, die den Unternehmern sicher nicht überaus angenehm war. Der Arbeiterschaft wurde zunächst eine Stabilisierung der bestehenden Löhne auf die Dauer von 4 Monaten, sonst bis Ende Juli 1921 ausgedehnt. Dadurch wurde die Absicht der Unternehmer, die Löhne auf Grund der Wirtschaftskrise in der nächsten Zeit abzubauen, wirksam abgelehnt. Die Rechte der Vertrauensleute bleiben unangefastet, der alte Kollektivvertrag bleibt bis zum Abschluß eines neuen Vertrages, der zunächst bis Ende April erfolgen soll, bestehen. Harte Kämpfe waren mit den Unternehmern bezüglich der Arbeitsaufnahme durchzuführen, da sie die Gelegenheit zu einer „Reinigung“ der Betriebe von einer großen Anzahl von Vertrauensleuten — es wurde zunächst von 150 gesprochen — benutzen wollten. Die Vertreter der Arbeiterschaft bestanden auf einer reiflichen Wiederaufnahme der Betriebe mit allen vor der Auslieferung beschäftigten Arbeitern, was auch schließlich zu erreichen werden mußte. Etwas schwierig war die Frage der Gewährung einer Entschädigung an die Arbeiter. Die Unternehmer wollten ursprünglich gar nichts bezahlen, mußten sich aber schließlich dazu bequemen, allen Arbeitern drei Tage im Durchschnittsverdienst der letzten sechs Wochen zu bezahlen. Außerdem wird ein Betrag von 1200.000 Kronen gleichmäßig unter die Arbeiterschaft aufgeteilt, was ebenfalls einer Bezahlung dreier Tage gleichkommt.

So ist der Anglist der Unternehmer mit einem unter Würdigung der schwierigen Kampfpositionen als wesentlich zu bezeichnenden Erfolg beendet worden, dessen Hauptbedeutung, der wirtschaftlichen Lage entsprechend, nicht in einem Siege, sondern in einer Abwehr eines Vorstoßes des Unternehmertums liegt. Und dieser Vorstoß ist in seiner Vollständigkeit durch die geschlossene Gewerkschaftsbewegung pariert worden. Die Bedeutung des erfolgreichen Abschlusses geht aber über das nordwestböhmische Gebiet weit hinaus und man kann sagen, daß er eine Warnwirkung und einen Einfluß auch auf die übrigen Landesteile und Industrien haben wird.

In Prag bemühen sich die Metallindustriellen bereits seit Neujaahr, eine Festlegung verschiedener ihnen miffliebiger Rechte der Vertrauensleute, zum Beispiel der Mitwirkung bei der Aufnahme und Entlassung der Arbeiter usw. durchzuführen. Sie werden aus diesem Kampfe ebenso wie die zahlreichen anderen Industrieverbände die Lehre ziehen, daß sie bei einem Angriff auf die Positionen der Arbeiterschaft auf Wacht stehen werden.

Noch eine unangenehme Begleiterscheinung des Kampfes muß erwähnt werden: daß eine bestimmte politische Fraktion der Arbeiterbewegung, die Kommunisten, aus dem Abwehrkampf eine politische Aktion machen wollten. Es war geradezu beschämend, während des Kampfes versuchen zu müssen, in welcher ungläubig niedriger Weise die Gewerkschaften und ihre Führer als Agenten der Bourgeoisie, als Zelle einer mit den Unternehmern verbundenen Mafia usw. bezeichnet wurden. Das Exekutivkomitee der deutschen kommunistischen Partei leistete sich gar den blutigen Witz, die Arbeiterschaft Nordwestböhmens zu einem revolutionären Generalkrieg aufzurufen, der beweisen sollte, daß man entschlossen sei, den Kapitalismus zum Teufel zu jagen und die sozialistische Wirtschaftsordnung zu verwirklichen.“ Die Arbeiterschaft war geschult genug, den Uninn dieser ganzen Propaganda einzusehen, und die Kommunisten haben gerade durch ihre „Eingreifen“ eine verdiente Absehung und Warnung erlitten, weil sich niemand um ihre Aufforderung gekümmert hat. Der große Kampf, den die Metallarbeiter Nordwestböhmens hinter sich haben, hat gewiß in allen die Überzeugung wachgerufen, daß zur Überwindung der Bourgeoisie, vor allem aber zur Überwindung der reaktionären Bemühungen des Unternehmertums eine einigte und geschlossene Gewerkschaftsbewegung notwendig ist. Neben dem unbestreitbaren Erfolg des Kampfes gegenüber den Unternehmern meint uns diese Erkenntnis mit ein großer positiver Gewinn der Bewegung zu sein.

